



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 09.04.2024 – Auszug aus Drucksache 19/1795 –

Frage Nummer 58 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter
**Benjamin
Adjei**
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜ-
NEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob das von Staatsminister Fabian Mehring am 21.11.2023 angekündigte Konzept gegen politische Desinformation noch rechtzeitig vor der Europawahl am 09.06.2024 vorgelegt wird (bitte genaue Kalenderwoche nennen), welche konkreten Maßnahmen im Bildungswesen vorgesehen sind, um Kinder und Jugendliche darin zu befähigen, Desinformation zu erkennen und einzuordnen, und welche konkreten Maßnahmen bereits in Bayern existieren, die bayerische Bürgerinnen und Bürger gegen Desinformationskampagnen als hybride Kriegsführung schützen?

Antwort des Staatsministeriums für Digitales

Staatsminister Dr. Fabian Mehring und Staatsminister Joachim Herrmann haben dem Ministerrat in seiner Sitzung vom 09.04.2024 schriftlich ihr Maßnahmenpaket gegen Desinformation im Netz anlässlich der Europawahlen 2024 präsentiert. Im Fokus steht die Gründung einer Allianz gegen Desinformation im Netz.¹ Wesentliche Elemente der avisierten Kampagne sind präventive staatliche Maßnahmen zur Sensibilisierung aller Bevölkerungsgruppen, die von virtuellen Formaten bis zu Aufklärungsaktionen auf Marktplätzen reichen. Zudem wird zur weiteren Stärkung der Resilienz gegen Desinformation eine Kooperation mit namhaften Tech-Firmen begründet, u. A. um Fakenews im digitalen Raum über technische Lösungen zu detektieren und deren Wirkung auf Plattformen abzuschwächen. Schließlich wird eine Allianz mit etablierten Medien geschmiedet, um die analogen Gütekriterien des Qualitätsjournalismus in die digitale Kommunikation zu übertragen. Die Detailplanungen hierzu werden aktuell finalisiert und konkrete Maßnahmen rechtzeitig vor der Europawahl am 9. Juni in Deutschland begonnen.

Der Schutz vor hybrider Kriegsführung fremder Staaten liegt im Übrigen als Angelegenheit der Außen- bzw. Verteidigungspolitik grundsätzlich in der Zuständigkeit der Bundesregierung. Zu den diesbezüglichen Maßnahmen der Bundesregierung zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger wird auf die Darstellungen auf den Internetseiten der Bundesregierung, insbesondere des Bundesministeriums des Innern und für Heimat verwiesen. Zu Auswirkungen von Desinformationskampagnen fremder Staaten auf die Innere Sicherheit mit Bezügen zu Bayern informiert und

¹ siehe Pressemitteilung: <https://www.stmd.bayern.de/desinformation-im-netz-digitalminister-mehring-und-innenminister-herrmann-sagen-fakenews-den-kampf-an-minister-initiieren-bayern-allianz-zur-europawahl/>

warnet die Staatsregierung im Übrigen regelmäßig die Bürgerinnen und Bürger. Exemplarisch wird auf den Verfassungsschutzbericht 2022² sowie die Verfassungsschutzinformationen Bayern, 1. Halbjahr 2023³ verwiesen.

² abrufbar unter: https://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/vsb-2022_230627_barriere
frei.pdf, S. 360f.

³ abrufbar unter: https://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/vsb-halbjahresbericht_2023-bf.pdf, S. 84f